



## Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD**

**Kommunale Daseinsvorsorge vor Freihandelsabkommen durch eine klare deutsche Definition absichern!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Hinblick auf die aktuellen Verhandlungen zwischen EU und USA über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden eine präzise Definition der Kernbereiche kommunaler Daseinsvorsorge zur Vorlage bei der Bundesregierung zu erarbeiten und dafür zu sorgen, dass diese von der EU-Kommission als unverhandelbar berücksichtigt wird.

### **Begründung:**

Nach den Ausführungen des Direktors der Direktion B Dienstleistungen und Investitionen, Geistiges Eigentum und Öffentliches Auftragswesen bei der Generaldirektion Handel der EU-Kommission, Rupert Schlegelmilch, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen des Landtags am 4. Februar 2014 zu den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA ist in dem EU-Verhandlungsmandat die öffentliche Daseinsvorsorge nicht näher definiert. Die Definition obliege vielmehr den jeweiligen EU-Mitgliedstaaten.

Ziel muss es demnach sein, durch eine präzise Definition der Kernbereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sog. „rote Linien“ festzulegen und dadurch sicherzustellen, dass die bewährte kommunale Daseinsvorsorge durch den Abschluss einer TTIP nicht angetastet wird, sondern vollumfänglich erhalten bleibt.